

Ausschuss für Inneres und Sport

(7. - öffentliche - Sitzung am 8. Februar 2018)

Beratungsthemen:

1. Beschlussfassung über Anträge auf Unterrichtung

a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Unterrichtung zum Thema Nachtragshaushalt

Das Ausschussmitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zog den Antrag zurück, da das Ministerium zwischenzeitlich bereits angekündigt hat, in der Sitzung am 15. Februar 2018 zu diesem Thema zu unterrichten.

b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Plänen, der Jugendhilfe mehr Eingriffsrechte bei einer Gefährdung des Kindeswohls in radikal-islamistischen Familien zu übertragen

Der Ausschuss beschloss, dass dieses Thema federführend vom Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung beraten werden soll, dem ein gleichlautender Antrag auf Unterrichtung vorliegt. Er wurde gebeten, die Mitglieder des Ausschusses für Inneres und Sport zu einer entsprechenden Unterrichtung einzuladen.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/154](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er kam überein, zu dem Gesetzentwurf eine mündliche Anhörung durchzuführen und bat die Fraktionssprecher, sich bis zum 15. Februar 2018 über den Kreis der Anzuhörenden zu verständigen.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Familienpflegezeit für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/149](#)

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfs und stellte fest, dass der Ausschuss für Haushalt und Finanzen gemäß § 27 Abs. 4 GO LT mitberatend ist. Er kam bezüglich des weiteren Verfahrens überein, eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionssprecher wurden gebeten, sich bis zum 15. Februar 2018 über den Kreis der Anzuhörenden zu verständigen.

4. Die Große Koalition stellt die Weichen für moderne, starke und gut ausgerüstete Sicherheitsbehörden

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/35](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, weitere Informationen zu Anzahl und Teilnehmern der Stabslehrgänge an der NABK nachzuliefern.

5. **Fan(sozial)arbeit stärken: Fanprojekte in Niedersachsen besser ausstatten**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/83](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. **Medizinische Altersfeststellung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/147](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er einigte sich darauf, zur Vorbereitung der weiteren Beratung schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Fraktionssprecher wurden gebeten, sich bis zum 15. Januar 2018 über den Kreis der dafür anzufragenden Institutionen zu verständigen.

7. a) **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Altersfeststellung bei jungen geflüchteten Menschen mittels DNA-Analyse**
 b) **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern mittels eines PRIMSA-Handscanners**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtungen in einem gemeinsamen Sitzungsteil mit dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (4. Sitzung) entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Außerhalb der Tagesordnung:

Terminangelegenheiten

Der Ausschuss kam überein, die ursprünglich für den 31. Mai 2018 vorgesehene Sitzung auf den 1. Juni 2018 und die ursprünglich für den 7. Juni 2018 vorgesehene Sitzung auf den 5. Juni 2018 zu verlegen.

Parlamentarische Informationsreise

Der Ausschuss begann mit der Planung seiner parlamentarischen Informationsreise nach Bayern.

Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit Behinderungen im Niedersächsischen Landeswahlgesetz (NLWG) und im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

Gesetzesentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/29](#)

Der Ausschuss beschloss, zu der für die Sitzung am 5. April 2018 vorgesehenen mündlichen Anhörung auf Bitten des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung auch den Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen und den Behindertensportverband einzuladen.